



Diskussionen über die Verurteilung des Personenkults

25. Juli 1956

Information Nr. 90/56 – Betrifft: Bericht über die Diskussionen in Versammlungen zur Verurteilung des Personenkults

Quelle

BStU, MfS, AS 81/59, Bl. 321–326 (30. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Stoph, Grotewohl, Ulbricht, Matern, Schirdewan, Ebert (»Urlaub«), Oelßner, Leuschner, Warnke, Mückenberger, Neumann, Wandel, Ziller, Hager, Norden, KGB Berlin-Karlshorst (»Freund«) – MfS: Mielke, Filin, Last, Markus Wolf, Gartmann, Weikert, Joseph Gutsche, Borrmann, SED-KL im MfS, HA II, HA III, HA V, HA XIII, Ablage.

Zur Einschätzung der Diskussionen in den Versammlungen in den Industrie- und Verkehrsbetrieben, im sozialistischen Sektor der Landwirtschaft, in den Wohngruppen der Partei, an den Universitäten und Hochschulen, in den Gruppen der FDJ sowie in den verschiedensten Institutionen kann gesagt werden, dass sich eine Reihe Unklarheiten zeigen. Diese beruhen aber in der Mehrzahl nicht auf einer negativen Einstellung, sondern sind viel mehr auf Unkenntnis der Tatsachen, wie es möglich war, dass sich in der SU der Personenkult Stalins entwickeln konnte, zurückzuführen. Dabei gilt es aber auch zu erwähnen, dass der Einfluss durch die Westpropaganda, gerade in den Fragen des Personenkults, nicht unberücksichtigt bleiben darf.

Am stärksten sind bei den Unklarheiten nachstehende Argumente:

- Warum wird Stalin erst nach seinem Tode kritisiert?
- Wie konnte es überhaupt zu solchen Fehlern Stalins kommen?
- Warum haben die Genossen des ZK der KPdSU nicht schon früher etwas gegen den Personenkult getan?

Hierzu einige konkrete Beispiele:

- Auf einer Aktivtagung mit anschließendem Seminar im Kaliwerk »Marx-Engels« Unterbreizbach, [Bezirk] Suhl, kam in verschiedenen Diskussionen zum Ausdruck: »Warum hat das ZK nicht früher etwas gegen den Personenkult unternommen?« (Darüber wurde im Seminar Klarheit geschaffen.)
- In der Versammlung des VEB Ölwerk Wittenberge, [Bezirk] Schwerin, erklärten zwei Genossen: »Die Genossen Chruschtschow und Molot waren Mitglieder des ZK. Warum haben sie nicht schon während dieser Zeit die Politik Stalins kritisiert? Im Gegenteil, sie haben ihn als der großen Feldherrn herausgestellt.«
- Der Parteisekretär von der MTS Kerkau, [Bezirk] Magdeburg, brachte in den Diskussionen zum Ausdruck: »Es ist schlecht, wenn Funktionäre nach ihrem Tode in den Dreck getreten werden. Damit werden die Leninschen Parteinormen verletzt, da Stalin zu dieser Kritik keine Stellung beziehen kann.«

Diskussionen ähnlichen Inhalts wurden in Versammlungen des Bauhof Eisenach, [Bezirk] Erfurt, beim Rat des Kreises Grevesmühlen, [Bezirk] Rostock, der LPG Kölzow, [Bezirk] Rostock, in der FDJ-Kreisleitung Ribnitz[-Damgarten], [Bezirk] Rostock, im VEB »Welta« Kamerawerke Freital, [Bezirk] Dresden, VEB Waggonbau Görlitz, im VEB Chemiewerk Greiz-Dörlau, [Bezirk] Gera, im VEB EAW »J. W. Stalin« Berlin-Treptow, beim Rat des Stadtbezirkes Prenzlauer Berg, beim Rat des Stadtbezirkes Berlin-Lichtenberg geführt.

Neben diesen angeführten Argumenten werden vielfach auch Parallelen zur Politik des Politbüros der SED gezogen, wobei es zu offenen feindlichen Meinungen besonders gegenüber dem Genossen Ulbricht kommt. Dies ist nicht zuletzt auch auf die starke Propaganda des Gegners zurückzuführen.

In einer Versammlung der Grundorganisation der Dozenten der ABF in Jena am 9.7.1956 kam es zu folgenden Erscheinungen: In der Diskussion der Dozenten wurde zum Ausdruck gebracht, dass sie kein Vertrauen mehr zur Parteiführung hätten, »da diese trotz Wissen um die Erscheinungen des Personenkults, diesen mitgemacht hat«. Wörtlich sagte ein Dozent: »Die Genossen der Parteiführung sind keine guten Psychologen. Sie würden sonst die Tatsachen um den Personenkult mit Stalin nicht nur tropfenweise bekannt geben und würden dabei bedenken, dass viele Werktätige bereits über diese Dinge mehr wüssten.« In diesem Zusammenhang wurde auch die Meinung vertreten, dass es offensichtlich notwendig sei, den RIAS zu hören, um einen klaren Überblick zu bekommen. Außerdem wurde den führenden Genossen vorgeschlagen, dass Ohr mehr an der Masse zu haben, da schon jetzt ein solcher Zustand eingetreten sei, dass die Genossen von der Mehrzahl der Arbeiter nicht mehr ernst genommen würden.

Einen ähnlichen Verlauf nahm auch eine Versammlung der Chemiker (Wissenschaftler) der Universität Jena. Auch hier wurde zum Ausdruck gebracht, dass sie kein Vertrauen mehr zum ZK besitzen würden und dass Umbesetzungen, besonders im Hinblick auf den Genossen Ulbricht, vorgenommen werden müssten. Verschiedentlich wurde auch versucht, dies als die Meinung der »Masse« hinzustellen. Auf Initiative der Universitäts-Parteileitung wurde in dieser Grundorganisation eine zweite Parteiversammlung durchgeführt, die aber wieder in ähnlicher Form wie die vorhergehende verlief. So sagte z. B. ein Genosse: »Walter Ulbricht ist bei der Bevölkerung nicht beliebt und ich schäme mich, wenn ich immer höre, wie ihn die Arbeiter immer betiteln. Die Leunawerke ›Walter Ulbricht‹ werden nur als ›Spitzbarthausen² bezeichnet. Es wird ein Mann gebraucht, der in der heutigen Situation mehr kann. Auch würde die SPD mit uns verhandeln, aber nicht mit Walter Ulbricht. Diese Dinge sollten vom ZK überprüft werden, da sie als Wissenschaftler dies nicht beurteilen könnten.« In beiden Versammlungen, sowohl der Dozenten wie auch der Chemiker, setzten sich die positiven Diskussionen nicht durch.

Im Stickstoffwerk Piesteritz, [Bezirk] Halle, wurde in einer Beratung der Funktionäre Folgendes zum Ausdruck gebracht: »Wer garantiert uns dafür, dass Walter Ulbricht nicht das Gleiche tut? Es ist doch so, was er sagt, muss gemacht werden.«

In einer Mitgliederversammlung der LPG Berßel, [Kreis] Halberstadt, [Bezirk] Magdeburg, äußerte ein Genosse: »Aufgrund seiner gemachten Fehler müsste der Genosse Ulbricht abgelöst werden.« Ebenfalls in einer Mitgliederversammlung in Badersleben, [Kreis] Halberstadt, [Bezirk] Magdeburg, meinte ein Genossenschaftsbauer: »Walter Ulbricht schwimmt im Fahrwasser von Stalin.«

Ein Lehrer der Oberschule in [Bad] Freienwalde, [Bezirk] Frankfurt/O., äußerte in einer Parteiversammlung: »Wenn wir Fehler machen, dann werden wir bestraft. Wenn aber Spitzenfunktionäre den Personenkult durchführen, dann gehen sie straffrei aus. In den Volksdemokratien mussten führende Funktionäre abtreten und wurden zur Verantwortung gezogen. Bei uns geschieht so etwas nicht. Dass aber Fehler gemacht wurden, zeigen doch die Entlassungen Tausender unschuldig Verurteilter der letzten Zeit.³ An diesen Fehlern hat auch Walter Ulbricht Schuld und es könnte gar nichts schaden, wenn er auch mal als kleiner Parteifunktionär arbeiten müsste.«

In einer Jugendberatung in Streußdorf, [Kreis] Hildburghausen, [Bezirk] Suhl, erklärten zwei Jugendliche: »Jetzt ist M. Rákosi zurückgetreten.⁴ Wann kommen nun Ulbricht und die rote Hilde⁵ dran?« In den FDJ-Gruppen in Hagenow und Gadebusch, [Bezirk] Schwerin, wurde über die Hetzschrift »Steckbrief« (gegen Walter Ulbricht gerichtet) diskutiert. Dabei kam es vereinzelt zu der Meinung, dass W. Ulbricht zurücktreten müsse. Durch einen Einsatz der Bezirksleitung der FDJ war es möglich, diese Meinungen zu korrigieren. Im Kreis Sternberg, [Bezirk] Schwerin, wurde in den FDJ-Gruppen in Wamckow⁶ und Dessin das Gerücht verbreitet, W. Ulbricht sei republikflüchtig geworden.

Zum anderen tritt in den Versammlungen auch in Erscheinung, dass sich Genossen entweder nicht damit abfinden können, dass Stalin nicht so ein Mensch war, wie es durch den Personenkult dargestellt wurde, oder gar nicht glauben, dass er Fehler gemacht hat. Vereinzelt kommt es dabei zu offenen Sympathieerklärungen. Die hauptsächlichsten Argumente sind dabei:

- »Ich kann mich noch nicht damit abfinden, dass Stalin solche Fehler gemacht hat.«
- »Es ist unverständlich, dass jetzt die Politik Stalins so verleumdet wird.«
- »Stalin hat keine Fehler gemacht, das Ganze wurde nur von seinen Nachfolgern inszeniert.«
- »Genosse Stalin hat so hohe Verdienste, dass man ihm nichts Übles nachsagen braucht.«

Hierzu einige konkrete Beispiele:

- Bei einer durchgeführten Versammlung in Altenroda, [Bezirk] Halle, sagte am Schluss ein Parteiveteran: »Es lebe der Genosse Stalin«. Dem schlossen sich noch weitere alte Genossen an, die außerdem noch äußerten: »Walter Ulbricht hat ja erst von unserem Genossen Stalin gele und wir lassen auf ihn nichts kommen.«
- In den Parteiversammlungen im Kalischacht Sondershausen, [Bezirk] Erfurt, erklärten Genossen: »Man soll nicht von einem Extrem ins and verfallen. Stalin ist für uns nach wie vor ein Klassiker.«⁷
- In einer Lehrerversammlung der Oberschule Wittenberge, [Bezirk] Schwerin, äußerte ein Lehrer: »Es ist uns unverständlich, warum man Ti genauso verleumdet hat, wie heute die Politik Stalins verleumdet wird.«
- In einer Versammlung des Lehrerinstitutes in Güstrow,⁹ [Bezirk] Schwerin, erklärte ein Dozent: »Es ist falsch, dass man dem Genossen Stal alles in die Schuhe schieben will, denn die Genossen Chruschtschow und Mikojan¹⁰ waren ebenfalls Mitglieder des ZK.«
- Ein anderer sagte: »Es gibt eine Reihe von Filmen, wie ›Der Fall von Berlin¹¹ und ›Stalingrader Schlacht¹², die beweisen, dass Stalin im Kollektiv gelenkt und demzufolge auch gearbeitet hat.«

Abschließend sei noch bemerkt, dass die Versammlungen zu dem Thema Personenkult und seine Folgen in der nächsten Zeit erst größeren Umfangs durchgeführt werden. [sic!]

1

Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow, Jg. 1890, sowjetischer Politiker, 1926–57 Mitglied im Politbüro der KPdSU, 1939–49 und 1953–56 Außenminister der Sowjetunion.

2

»Spitzbart« war eine verbreitete abwertende Bezeichnung für Walter Ulbricht.

3

Im Zuge des »Taufwetters« im Gefolge des XX. Parteitags der KPdSU wurden in der DDR zahlreiche Häftlinge vorzeitig entlassen. Im Juni 1956 verkündete die DDR-Regierung den Beschluss zur Freilassung von 11 896 Häftlingen durch Begnadigung oder bedingte Strafaussetzung, bei weiteren 3 169 wegen geringfügiger Vergehen Inhaftierten sei die Strafverbüßung bereits ausgesetzt worden (Mitteilung des Presseamtes beim Ministerpräsidenten. In: ND v. 21.6.1956, S. 1). Vgl. dazu Wunschik, Tobias: Ein Regenmantel für Dertinger. Das instabile »Taufwetter« im Gefängniswesen der DDR 1956/57. In: Engelmann, Roger; Großbölting, Thomas; Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen 2008, S. 297–325.

4

Mátyás Rákosi, Jg. 1894, ungarischer kommunistischer Politiker, 1948–56 Generalsekretär bzw. am 1953 Erster Sekretär der Partei der Ungarischen Werktätigen (Magyar Dolgozók Pártja – MDP). Rákosi galt als besonders harter Stalinist. Seit August 1952 war er auch Ministerpräsident der Volksrepublik Ungarn, wurde aber wenige Monate nach Stalins Tod, im Juni 1953, von der sowjetischen Führung zum Rücktritt gezwungen und durch den gemäßigten Imre Nagy ersetzt, blieb aber Parteichef. 1955 riss Rákosi die Macht wieder an sich, Nagy wurde im April 1955 aller seiner Ämter enthoben und durch Rákosis Gefolgsmann András Hegedüs ersetzt. Im Zuge der Entstalinisierung zwang die Sowjetführung Rákosi Mitte Juli 1956 erneut zum Rücktritt. Vgl. dazu Klimó, Árpád von; Kunst, Alexander: Krisenmanagement und Krisenerfahrung. Die ungarische Parteiführung und die Systemkrisen 1953, 1956 und 1968. In: Bispinck, Henrik u. a. (Hg.): Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus. Berlin 2004, S. 287–307, hier 289–293.

5

Gemeint ist Hilde Benjamin, Jg. 1902, Juristin und SED-Politikerin, 1949–53 Vizepräsidentin des Obersten Gerichts der DDR und als solche Vorsitzende Richterin in zahlreichen politischen Schauprozessen, 1953–67 Justizministerin der DDR, 1954–89 Mitglied des ZK der SED.

6

Im Original: »Wamkow«.

7

In seiner Stellungnahme zum XX. Parteitag der KPdSU hatte Ulbricht u. a. geschrieben: »Wenn man von Genossen gefragt wird, ob Stalin zu den Klassikern des Marxismus gehört«, kann man darauf nur antworten: Zweifellos hat Stalin nach dem Tode Lenins bedeutende Verdienste beim Aufbau des Sozialismus und im Kampf gegen die parteifeindlichen Gruppierungen der Trotzisten, Bucharinleute und bürgerlichen Nationalisten. Als sich Stalin jedoch später über die Partei stellte und den Personenkult pflegte, erwachsen der KPdSU und dem Sowjetstaat daraus bedeutende Schäden. Zu den Klassikern des Marxismus kann man Stalin nicht rechnen.« Ulbricht, Walter: Über den XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. In: ND v. 4.3.1956, S. 3 f., hier 4.

8

Josip Broz Tito, Jg. 1892, 1943–53 als Ministerpräsident und 1953–80 als Staatspräsident kommunistischer Diktator von Jugoslawien. Im Jahr 1948 war es zum Bruch zwischen Stalin und Tito gekommen; Chruschtschow verfolgte seit 1955 eine Politik der Wiederannäherung an Jugoslawien.

9

Gemeint ist das 1952 gegründete Institut für Lehrerbildung, später Pädagogisches Institut bzw. ab 1972 Pädagogische Hochschule »Liselotte Herrmann« in Güstrow.

10

Anastas Iwanowitsch Mikojan, Jg. 1895, sowjetischer Politiker, seit 1923 Mitglied des ZK der KPdSU, 1935–66 Mitglied des Politbüros bzw. des Präsidiums der KPdSU, 1955–64 erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Sowjetunion.

11

Der Fall von Berlin (russischer Originaltitel: Padenie Berlina), zweiteiliger sowjetischer Spielfilm aus dem Jahr 1950. Regie: Micheil Tschiaureli, Drehbuch: Pjotr Pawlenko. Der Film stellt die Eroberung Berlins 1945 und das Ende des Zweiten Weltkriegs als persönliche Leistung Stalins heraus und gilt als wichtiges Beispiel für den filmischen Personenkult um Stalin.

12

Die Stalingrader Schlacht (russischer Originaltitel: Stalingradskaya bitwa), zweiteiliger sowjetischer Spielfilm aus dem Jahr 1949. Regie: Wladimir Petrow, Drehbuch: Nikolaj Wirta. In dem Film wird Stalin als militärisches Genie porträtiert, der die sowjetische Kriegsführung quasi

im Alleingang plante und so den Sieg in der Schlacht bei Stalingrad ermöglichte. Der Film gilt als wichtiges Beispiel für den filmischen Personenkult um Stalin.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv. Alle Rechte vorbehalten.